

Arbeitsplätze schaffen: **Wie?**

Die Leier von „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“ glaubt niemand mehr. Burnout auf der einen, Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Ist das ein Naturgesetz oder gibt es einen sinnvollen Ausweg? Wie sowohl massive Ausbeutung als auch Arbeitslosigkeit beseitigt werden können: mit Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn.

Seite 2

Sozialistischer Ausweg nötig

Der Konflikt in Syrien droht die gesamte Region im Nahen Osten zu destabilisieren. Aber weder imperialistische Einmischungsversuche noch eine „politische Lösung“ von oben werden das Problem der sektiererischen Gewalt lösen. Nötig ist eine geeinte ArbeiterInnenbewegung, die den Kapitalismus in der Region stürzen und Armut und Krieg beenden kann.

Seite 12

Schwerpunkt

Soziale Arbeit 200.000 arbeiten im Sozial- und Gesundheitswesen. JedeR ist irgendwann darauf angewiesen. Doch Arbeitsbedingungen und Löhne sind schlecht und ständig wird gekürzt. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 222 | 10.2013



Jetzt kommen Kürzungen!

Was haben sie uns im Wahlkampf nicht alles versprochen: Die Pensionen zu sichern, Jobs zu schaffen und die Löhne zu erhöhen. Doch nun werden sie das „leider“ nicht können, wegen dem Koalitionspartner, der Wettbewerbsfähigkeit, der

werbsfähig machen. Die Krise ist alles andere als vorbei, Kündigungen bei MAN, Stellenabbau bei Siemens usw. Die Wirtschaft will weniger Steuern und niedrigere Lohnkosten zahlen und über unsere Arbeitskraft noch flexibler verfügen können.

Wie genau die Kürzungen aussehen werden, ist noch offen. Aber dass sie kommen werden ist sicher. Der Öffentliche Dienst, Sozialversicherungen etc. und alles, wo es noch einen gewissen Einfluss der Gewerkschaft gibt, steht auf der Abschlus-

auch die Gewerkschaften egal sind. FPÖ, Stronach und Neos wollen diese so wieso schwächen, und die Grünen haben kaum Bezug zu ihnen.

Die SpitzengewerkschafterInnen haben schon viel zu lange den etablierten Parteien die Stange gehalten und bei Wahlen die Stimmen für sie herangekarrt. Absurd eigentlich, denn die Politik der Parlamentsparteien ist gegen die Gewerkschaften und die Interessen ihrer Mitglieder gerichtet. Alle Parteien im Parlament stehen fest auf dem Boden des Kapitalismus. ArbeitnehmerInnen, Jugendliche, Arbeitslose – wir alle, die wir nicht reich sind – wir haben keine Bündnispartner in

Parlament und Regierung. Wir müssen uns für unser Leben, unsere Zukunft auf die eigenen Füße stellen und uns gemeinsam mit anderen Opfern dieses Systems und dieser Regierung(en) wehren.

Sonja Grusch,
SLP-Spitzenkandidatin

Regierung & Wirtschaft: Die Angriffe auf Löhne & Sozialleistungen gehen in die nächste Runde!

wirtschaftlichen Lage. Dafür wird's „Reformen“ geben, bei denen wir draufzahlen.

Denn die neue Regierung steht unter Druck: Sie muss in Krisenzeiten die Wirtschaft wettbe-

Und die Regierung denkt auch taktisch: die großen Sauereien rasch durchziehen, denn ab Frühjahr 2014 kommen schon die nächsten Wahlen (Salzburg, EU-Wahl).

te. Schon bei den Debatten um das neue LehrerInnendienstrecht (das u.a. eine Arbeitszeitverlängerung auf Kosten der SchülerInnen und All-In-Verträge bedeutet) haben ÖVP & SPÖ gezeigt, dass ihnen

Die SLP fordert:

- Nein zu allen Kürzungen bei Löhnen & Sozialem
- Holen wir uns das Geld bei den Reichen
- Gewerkschaften müssen Proteste gegen die kommenden Angriffe organisieren
- Kundgebungen, Demonstrationen und auch Streiks gegen Sozialraub vorbereiten

Der Standpunkt



von **Sonja Grusch** Ohrfeige für SPÖVP, Stärkung des rechten Lagers, schwächelnde Grüne und Neos als Sieger. So etwa sieht die Kurzform der gängigen Wahlanalyse aus. Die Erklärungen reichen von „wir konnten unsere Erfolge nicht gut vermitteln“, über „der/die KandidatIn war besonders gut/schlecht“ bis zu „das Wahlvolk ist dumm“. Alles wenig hilfreich und Lichtjahre entfernt von der Wahrheit. Eindeutige Ergebnisse der Wahlen sind: 1) Die vier Hauptparteien nähern sich immer mehr an und interessieren immer weniger. 2) Etwas Neues wird dringend gewünscht. Wie das aussehen soll, ist dann schon weniger eindeutig. Die Neos sind wie schon das LiF wirt-

Die etwas andere Wahlanalyse – Zwischen den Zeilen lesen

schaftsliberal und lehnen Gewerkschaften und Sozialstaat ab. So die Fakten. Die Wahrnehmung ist anders: modern, liberal bei gesellschaftspolitischen Themen und für die Schwachen in der Gesellschaft. Ähnlich falsch wie die Piraten werden die Neos als „fortschrittlich“ gesehen. Die Wenigsten haben sie wohl wegen ihrer brutalen Sparvorhaben, ihrer Milliardärsspender oder ihrer monarchistischen Regional-KandidatInnen gewählt.

Die Stimmen für die verschiedenen linken Listen (KPÖ, SLP und auch Wandel) drücken v.a. den Wunsch nach einer sozialen Alternative aus. Piraten und Neos stehen ebenfalls für Neues, Anderes. In – sehr verquerer aber doch – Form spiegeln auch viele der Stimmen für FPÖ und Stronach diesen Wunsch wider. Den Wunsch, dass sich die Politik endlich nicht mehr an den Interessen der Wirtschaft, sondern der Menschen orientiert. Dass es rechten PopulistInnen und Pseudo-Rebellen immer wieder gelingen kann, diesen Wunsch für ihre Stimmen und Zwecke zu missbrauchen, ändert nichts am Wunsch an sich. Die Enttäuschungen werden rasch kommen und neue Projekte bringen.

Doch solange dies keine klar linken, kämpferischen und den Kapitalismus in Frage stellenden Projekte sind, wird die Rechte sich weiter profilieren können.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Arbeit: Weniger ist mehr

Österreich hat die höchste Arbeitslosigkeit seit 1945; besonders Jugendliche sind betroffen. Auf jede offene Stelle kommen ArbeitnehmerInnen noch weiter zu erhöhen (Forderung nach 12-Stunden-Arbeitstag). Menschen mit Job sind oft überbelastet, mies auf 30 Stunden ist ein erster Schritt. Die Arbeitszeitverkürzung muss einhergehen mit vollem Personalausgleich, es müssen entspre-

Arbeitszeitverkürzung ist überfällig. Schluss mit Ausbeutung und Arbeitslosigkeit für Profite.

mehr als 10 Jobsuchende. Doch die Verantwortung wird den Arbeitslosen zugeschoben. Sie müssten sich besser bilden, mehr bemühen etc., Arbeitslose werden in Zwangsmaßnahmen gesteckt und zu Gratisarbeit gezwungen. Scheinlösungen der SPÖ („Ausbildungsgarantie“ etc.) helfen nicht. Andere VertreterInnen des Kapitalismus wie ÖVP & Co nutzen die Arbeitslosigkeit, um die Ausbeutung und den Druck auf

beahlt und prekär beschäftigt, die Folgen sind psychische und physische Erkrankungen. Gleichzeitig sind viele ohne Job. Eine absurde Situation, die keine Logik hat – außer Profitinteressen. Deshalb ist sie auch durch logische Vernunft einfach zu lösen: durch Verteilung auf alle. Es gibt genug Arbeit für alle und gleichzeitig müssten wir alle weniger arbeiten. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit

chend mehr Menschen beschäftigt werden. Auch im Gesundheitswesen, in der Pflege, in sozialer Arbeit, im Bildungswesen werden viel mehr gutbezahlte und gut ausgebildete Menschen benötigt. In diesen Bereichen müssen alle Privatisierungen zurückgenommen werden, die öffentliche Hand darf nicht Stellen abbauen, sondern muss viel mehr Menschen in diesen Bereichen beschäftigen.

Helga Schröder

Vor 43 Jahren das letzte Mal

Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden darf keine Teilzeitbeschäftigung sein, sondern muss bei vollem Lohn stattfinden. Die letzte Arbeitszeitverkürzung gab es in Österreich vor 43 Jahren. Die Vermögen und Gewinne sind seither weit stärker gestiegen als die Reallohne. Das Geld für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn ist da. Eine kleine superreiche Elite, nämlich 1 % der privaten Haushalte, sitzt auf

einem Vermögen von sagenhaften 469 Milliarden. Unternehmen sitzen auf einem riesigen Berg von nicht investiertem Kapital. Mit der Enteignung der Superreichen und einer Steuer von 50 % auf nicht investiertes Kapital kann sinnvolle, notwendige, gut bezahlte, gesunde und selbstbestimmte Arbeit für alle ermöglicht werden, die den Bedürfnissen der Menschen, insbesondere auch der Arbeitenden entspricht.



Arbeitszeitverkürzung schafft echte Sicherheit!

Die Reduzierung der Arbeitszeit auf 30 Stunden wöchentlich bei vollem Lohn und Personalausgleich schafft umgehend ca. eine halbe Million Jobs. Noch viel mehr kommen mit Schaffung der einzigen Form von Sicherheit durch massive öffentliche Investition in soziale Sicherheit hinzu. Nicht law-and-order-Politik schafft Sicherheit, sondern Wohnungen, ausreichend Sozialeleistungen, gute Bildung und Gesundheit für

alle. Dazu brauchen wir nicht mehr Polizei, sondern gutbezahlte Profis, die nicht überlastet sind und ihre Arbeit wirklich frei wählen können – in Gesundheitswesen, sozialer Arbeit, Bildung. Zusammen mit Mindestlohn, Mindestarbeitslohn und Mindestpension von 1.700 brutto wird nicht nur Arbeit, sondern auch Einkommen umverteilt und es wird die Arbeit gemacht, die wirklich gebraucht wird.

Wahlen: Beim nächsten Mal bitte endlich eine Alternative!

Das Ergebnis der Nationalratswahl überrascht kaum. Die Wohlfühlrhetorik zog angesichts des Sozialabbaus von SPÖ und ÖVP nicht mehr. Kein Wunder, dass die von den bürgerlichen Medien so gepriesene rot-schwarze

sie soziale Themen in den Vordergrund stellte. Doch die FPÖ ist nur scheinsozial: Erst kürzlich sprach sich Strache klar gegen Vermögens- und Erbschaftssteuern aus. Doch mangels einer starken, linken Alternative reichte



KPÖ und Wandel leicht zulegt, zeigt, dass der Wunsch nach Neuem auch

zungslisten zu Regionalwahlen antreten, Aktionskonferenzen einberu-

Kürzungspolitik abgestraft, doch statt neoliberalen Rattenfängern braucht es organisierten Widerstand!

„Reformpartnerschaft“ in der Steiermark am härtesten abgestraft wurde – denn dort wurden die brutalsten Kürzungen durchgegründelt. Ebendort ist auch die FPÖ stärkste Partei; sie profitierte von der Wut über den Kahlschlag und der Arroganz der Landesregierung bei der Frage der Gemeindegemeinschaften. Auch bundesweit zeigte sich dieses Phänomen: Die FPÖ räumte ab, weil

die Rhetorik, um die Wut vieler Menschen zu kanalisieren.

Die SLP führte einen kämpferischen Wahlkampf. Wir waren aktiver Teil der Flüchtlingsbewegung, des Widerstands unter LehrerInnen, des Kampfs gegen Kündigungen bei MAN-Liesing und vieles mehr. Mit etwa 1000 Stimmen ist das Ergebnis nicht be rauschend, aber auch nicht schlecht. Dass auch

von links beantwortet werden kann.

Die Notwendigkeit einer neuen Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche wird immer drängender. Es ist unumgänglich, in den Kämpfen gegen kommende Kürzungsprogramme auf die Schaffung solch einer neuen ArbeiterInnenpartei hinzuwirken. Lokale Initiativen können sich vernetzen, als Anti-Kür-

fen usw. Eine solche neue Partei hätte das Potential, die FPÖ zu enttarnen – und gleichzeitig effektiv gegen Rassismus zu kämpfen, z.B. indem sie MigrantInnen und Flüchtlinge in soziale Bewegungen einbindet. Für diese Wahlen wäre wenigstens ein breiteres linkes Bündnis notwendig gewesen – die SLP war bereit und ist es auch in Zukunft.

Sebastian Kugler

ÖGB-Forderung seit 1983: 35-Stunden-Woche

Der Kampf für Arbeitszeitverkürzung stand seit jeher in der ArbeiterInnenbewegung ganz oben. Zum 1. Mal wurde 1840 in Wellington (Neuseeland) erfolgreich für den 8-Stunden-Tag gestreikt. 1856 wurde der 8 Stunden-Tag in Melbourne (Australien) bei vollem Lohn eingeführt. Voran ging eine Demonstration der Steinmetze und Gebäudearbeiter am 21.4. zum Parlament. 1889 proklamierte die neu ge-

gründete Sozialistische Arbeiter-Internationale den 1. Mai zum Kampftag für den 8-Stunden-Tag. In Österreich wurde 1889 im Bergbau Seegraben zum ersten Mal der 8-Stunden-Tag vereinbart. In der revolutionären Situation nach dem 1. Weltkrieg wurde er von der ArbeiterInnenbewegung für ganz Österreich errungen und bei einer 48-Stunden Woche 1919/1920 gesetzlich verankert.

1933 wurde nach der Ausschaltung des Parlaments im austrofaschistischen Ständestaat die Verlängerung der Arbeitszeit in der Dienstleistungsbranche eingeführt, dem folgt der 9 Stunden-Tag. 1938 wurde durch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik wieder auf eine 60 Stunden-Woche erhöht. In den Rüstungsbetrieben wurde bis zu 12 Stunden gearbeitet und teilweise die „unbeschränkte Arbeitswoche“ legalisiert.

1959 wurde mittels Generalkollektivvertrag die Wochenarbeitszeit von 48 auf 45 Stunden verkürzt. 1970 regelte ein Generalkollektivvertrag die etappenweise Einführung der 40 Stunden-Woche. Seit 1983 gibt es einen ÖGB-Beschluss für die 35 Stunden-Woche und gegen Arbeitszeitflexibilisierung. 1986 streikten die MetallerInnen zur Unterstützung der Forderung bei Kollektivvertragsverhandlungen nach Arbeitszeitverkürzung.

Der rechte Rand

Totgesagte leben länger:

Eigentlich galt Susanne Winter, FPÖ Nationalratsabgeordnete und vorbestraft wegen Verhetzung, als abserviert. Platz 17 auf der Bundesliste und Platz 5 auf der steirischen Landesliste galten als nicht aussichtsreich. Die schlechte Platzierung hing wohl mit Flügelkämpfen nach der Wahlschlappe in Niederösterreich zusammen, für die der rechte Rand der FPÖ verantwortlich gemacht wurde. Durch das starke Ergebnis der FPÖ in der grünen Mark ist sie jetzt aber doch wieder mit dabei. Auch die gescheiterte NÖ-Landesvorsitzende Barbara Rosenkranz selbst ist wieder im Nationalrat. Gleich auf Listenplatz 1 in NÖ noch ein rechts-extremer Rosenkranz: Walter (nicht zu verwechseln mit dem Holocaustleugner Horst) ist Mitglied der schlagenden, deutschnationalen Burschenschaft „Libertas“. Noch ein Burschi, diesmal von der „Teutonia“ ist Werner Neubauer. Der Gründer der rechtsextremen Gruppe „SOS Abendland“ schreibt unter Anderem auch regelmäßig für die „Aula“ und kommt über Platz 11 der Bundesliste knapp rein.

Der etwas weichgespülte „Nächstenliebe“ Wahlkampf und das Ausscheiden des jetzt bald ehemaligen 3. Nationalratspräsidenten, „Unzensuriert“-Herausgeber und „Olympia“ Burschenschafters Martin Graf darf also nicht täuschen: Der rechte Rand in der FPÖ erfreut sich besser Positionen. Mit der FPÖ geht also auch der rechtsextreme Flügel gestärkt aus der Wahl hervor. Das heißt für uns: Nicht locker lassen und diesen Sumpf aus Korruption, Sozialabbau, Rassismus und Faschismus trocken legen!

Im Windschatten der Protestwelle gegen die Regierung streikten von 15-23.8 in der Türkei über 20.000 TextilarbeiterInnen. Diese verdienen durchschnittlich € 450/Monat, leben also unter der Armutsgrenze. Über die Hälfte der Beschäftigten bekommt nur einen Mindestlohn von € 380/Monat. Nach Beginn der Wirtschaftskrise wurden im bis 1.4. gültigen Abkommen Bonuszahlungen gekürzt und Lohnerhöhungen verschoben. Trotz wirtschaftlicher Erholung wollten UnternehmerInnen die längst überfälligen Erhöhungen nicht bezahlen. Drei Gewerkschaften in rund 30 Textilfabriken riefen zum Streik

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

auf. Zentral waren Forderungen zu Entlohnung, Sonderzahlungen, Überstunden und Zusatzzahlungen für Dienstalter. Die monatelang ergebnislos verhandelten Forderungen wurden in nur neun Tagen Streik erreicht: halbjährliche Lohnerhöhungen zwischen drei und fünf Prozent, viertel- statt halbjährliche Lohnzusatzzahlungen, 100-prozentige Überstundenzuschläge an Wochenenden und während der Urlaubszeiten. Weiters dürfen keine LeiharbeiterInnen mehr eingestellt werden. Pro Dienstjahr gibt es eine zusätzliche Lohnerhöhung. Wegen der schlechten Bezahlung verlassen qualifizierte ArbeiterInnen die Branche oft schnell. Für die meisten Beteiligten war es der erste Streik - er hat gezeigt, dass entschlossene Gewerkschaften breit mobilisieren können und Kämpfe gewinnen. Die Massenproteste im Sommer geben auch der organisierten ArbeiterInnenbewegung wieder Auftrieb.

Flo Klabacher



Erfolgreich gegen Kündigungen

Als Mesut Kimesiz seinen Hungerstreik vor den MAN Werkstoren begann, drohte die Geschäftsleitung noch mit 147 Entlassungen

re Medien berichteten über den Arbeitskampf.

Offensichtlich geschockt durch die für sie unerwartete Gegenwehr senkte

GE mobilisierte nicht zur Verteidigung der Arbeitsplätze. Wie Mesut richtig anmerkte, gibt es allein in Wien-Süd 300 PRO-

vor der Tür. Auch was die kommende Lohnrunde in der Metallindustrie angeht, sollten sich die Gewerkschaften an Mesut ein Beispiel nehmen: Kämpfen bringt Ergebnisse!

Auch bei MAN braucht es einen kämpferischen Betriebsrat. Als nächster Schritt können Solidaritätskomitee und Mesut Schritte diskutieren, wie in den kommenden Monaten eine Gruppe im Betrieb aufgebaut werden kann, die für eine neue, kämpferische Betriebsratsmehrheit werben kann. Dazu gehört auch, aus internationalen Beispielen zu lernen, wo mit Streiks und Betriebsbesetzungen Kündigungen und Schließungen verhindert wurden.

Christian Bunke

Der Hungerstreik von Mesut Kimesiz bei MAN war erfolgreich - weniger Stellenabbau als geplant.

und begründete das mit der schlechten Auftragslage.

Mesuts Kampf sorgte für Aufmerksamkeit. Die SLP und Andere organisierten ein Solidaritätskomitee. Es gab Flugblattaktionen vor den Werkstoren und auf der BetriebsrätInnenkonferenz der MetallerInnen, eine Veranstaltung auf dem Volksstimmefest und einen Stammtisch für MAN KollegInnen. ORF und ande-

MAN die angedrohte Zahl der Kündigungen auf etwa 70. Das sind noch immer 70 zu Viele! Dennoch hat Mesut gezeigt, dass Kündigungen verhindert werden können.

Doch wo waren die Gewerkschaften? Die von der sozialdemokratischen FSG Fraktion gestellte Betriebsratsmehrheit wollte die Kündigungen einfach akzeptieren. Die Produktionsgewerkschaft PRO-

GE BetriebsrätInnen. Man stelle sich vor, diese hätten zu einer Solidaritätskundgebung vor die MAN Werkstore mobilisiert!

Solche Mobilisierungen wird es in Zukunft weiter brauchen. MAN ist nicht der einzige Betrieb, der Arbeitsplätze abbaut. Die Metallindustrie jammert über sinkende Absatzzahlen, die nächste Runde der Wirtschaftskrise steht



Wien ist nicht anders! Rot-grün schafft prekäre Jobs!

Seit 2007 befindet sich die Wirtschaft in der Krise. Auch in Wien. Und Wien ist eben nicht anders. Auch hier werden Schulden und Kosten der Krise auf dem Rücken der „normalen“ Menschen abgeladen.

Um bei den ehemaligen Gemeindebetrieben weiter zu sparen, wurden viele gesicherte Jobs vernichtet und durch prekäre ersetzt. Leiharbeitsfirmen und Fremdvergaben sind allgegenwärtig und Normalität im „anderen“ Wien.

Die Belegschaften sind dadurch gespalten und leichter gegeneinander auszuspielen. All das passiert mit Zustimmung der Gewerkschaftsführung in ihrer Nibelungentreue zur SPÖ.

Nach einjährigem Kampf konnte bei der Firma AGO im Wiener AKH ein Betriebsrat durchgesetzt werden. Doch aktuell zittern dort rund 1.000 LeiharbeiterInnen um ihre Zukunft. Sie fürchten weitere Verschlechterungen oder gar den Verlust ihres

Arbeitsplatzes. Darum hat sich aus den Beschäftigten die „Initiative Übernahme statt Fremdvergabe“ gebildet. Sie kämpft darum, dass die rot-grüne Stadtregierung nicht nur schöne Reden hält, sondern auch wieder ihren Verpflichtungen nachkommt: Öffentliche Versorgung durch Öffentliche Betriebe! Davon hält allerdings Rot-Grün gar nicht viel. **Albert Kropf**

<http://initiativeuebernahme.wordpress.com/>

Gemeinsam gegen die freiheitlichen Hetzer

Auch in diesem Wahlkampf hat die FPÖ wieder versucht, sich als Alternative zu SPÖ und ÖVP zu inszenieren, indem sie sich als Partei der ArbeiterInnen präsentierte. Der Versuch der FPÖ, mit ihrer „Nächstenliebe“-Wahlkampagne im Stimmenreich der ÖVP zu fischen, war nur eine andere Form von rassistischer Hetze, die wir von Strache & Co. schon zur Genüge kennen. Dass die FPÖ noch immer tief im braunen Sumpf feststeckt, beweisen zum Beispiel „zufällig“ erhobene rechte Arme während einer FPÖ-Wahlkampfveranstaltung in Graz. Zwei FPÖler, die uns angreifen wollten, wurden sogar verhaftet!

Dies ist einer der zahlreichen Gründe, warum es die SLP für nötig hält, Proteste zu organisieren. Zusammen mit studentischen, linken und antifaschistischen Organisationen demonstrierten Mitglieder der SLP lautstark in Linz, Hohenems, Salzburg, Graz und mehrmals in Wien gegen Wahlkampfveranstaltungen der FPÖ, bei denen auch Strache aufgetreten ist. In Linz organisiert die SLP die Kampagne „Stahlstadt gegen Strache“. „Toleranz zeigt sie (Anm.: die FPÖ) nur bei Korruption. Nächstenliebe nur für diejenigen, die das nötige Kleingeld haben.“ So

drückte es Stefan Reifberger von der SLP Salzburg während einer Rede aus – so wie er denken viele.

Oftmals waren an diesen Demonstrationen mehrere Hundert Personen beteiligt. Während den Veranstaltungen war die Polizei meist nur an den AntifaschistInnen interessiert – Nazis und rechte Gewalt ignorierten sie, wie z.B. in Salzburg. In Wien hatte die SLP bei einer Aktion gegen die Blauen in Wien 20 mehr ZuhörerInnen als die FPÖ, die in Folge ihr „Blaues Fest“, gegen das wir ebenfalls mobilisierten, gleich absagte. Am 27.9. kamen mehrere Hundert Personen, um gegen die FPÖ zu protestieren. Die SLP versuchte mit einem lautstarken Block, v.a. auch auf die Verantwortung der Regierung aufmerksam zu machen, die mit ihrer Politik die FPÖ erst stark macht.

Rassismus spaltet ArbeiterInnen und Jugendliche und man darf nicht vergessen, dass die FPÖ selbst eine neoliberale Partei der Reichen ist. Deshalb ist es wichtig, gemeinsam mit DIR gegen Rassismus und somit gegen die FPÖ vorzugehen. Denn Rassismus ist im Kapitalismus ein systemimmanentes Problem. Kampf gegen Kapitalismus bedeutet auch Kampf gegen Rassismus.

Nicolas Prettnner



Bildungssparpaket bekämpfen!

Ein unrühmlicher Abschied für Bildungsministerin Schmied: Über 1.700 Stellungnahmen hagelte es gegen den Gesetzesent-

schaft GÖD konfrontierten SLP-AktivistInnen den zahmen Kurs der GÖD und betonten die Notwendigkeit eines gemeinsa-

das Dienstrecht, fordern aber auch weitergehendes wie Ganztagschule und Gesamtschule. Auch mobilisieren wir für die De-

Die SLP ist aktiver Teil des Widerstands gegen das „Neue LehrerInnendienstrecht“.

wurf zum „Neuen Dienstrecht“ für LehrerInnen. Zurecht wurde es als Bildungssparpaket entlarvt – und es formierte sich Widerstand darüber hinaus. SLP-AktivistInnen engagierten sich in der Facebook-Initiative „Für ein faires LehrerInnendienstrecht“. Auf der ersten öffentlichen Protestaktion sprachen auch SLPler. Auf der Informationsveranstaltung der Gewerk-

men Kampfes von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern über alle Schultypen hinweg. In Linz waren wir Teil der Protestaktion vor dem BRG Hamerlingstraße. Über unsere deutsche Schwesterorganisation SAV organisierten wir eine Solidaritätsbotschaft kämpferischer KollegInnen aus Köln. SLPlerInnen, die Eltern bzw. SchülerInnen sind, organisieren Proteste gegen

monstration am 7.10. Unabhängig vom weiteren Verlauf in der Dienstrechtsdebatte ist es notwendig, sich im Bildungssektor zu organisieren, kommende Kürzungen zurückzuschlagen und Alternativen zu diesem veralteten System auszuarbeiten. Die SLP wird ein aktiver Teil dabei sein. Mach mit!

Clemens Wiesinger



Widerstand gegen Kürzungen in der Steiermark

Am 20.9. ging der Widerstand rund um die Plattform 25 in der Steiermark in die nächste Runde. Ge gründet hatte sich die Plattform, um gegen die brutalen Kürzungen der Landesregierung, besonders im Sozialbereich und der Behinderteneinrichtung 2011 vorzugehen. Jetzt hat die Landesregierung erneut Kürzungen in Höhe von 300 Mio. € angekündigt; besonders bei der Integration Behinderter in die Arbeitswelt soll gespart werden.

Vor diesem Hintergrund rief die Plattform zur Demo und ca. 500 Menschen folgten! Laut und kämpferisch zogen wir durch Graz, um vor dem Landeshaus unsere Wut deutlich zu machen. Viele PassantInnen wurden erst durch die Demo auf die Pläne der Regierung aufmerksam. SLPlerInnen schlugen die Verbindung der Proteste in der Steiermark mit jenen in anderen Bundesländern – insbesondere bei den BAGS-KV-Verhandlungen – vor.

Fundstück des Monats

Erhöhte Schichtzahlung. Die neue Arbeitsvertragsregelung im April 2013 wird viele Qualifizierende in der Steiermark in die Lage versetzen, die Möglichkeit zu haben, sich für die Steiermark zu entscheiden. „Wir werden unsere Qualifizierenden nicht verlassen“, erklärt Zwickler. „Wir haben zum Beispiel unser SchülerInnenprogramm für die Veranschlagung am Tag der Arbeit am 1. Mai ändern müssen. Wir haben wesentlich genauer durchschaut und die Pläne in der Nacht vorher überarbeitet, auch mit Hundstücken.“

Polizei sucht Spitzel

Im Magazin des Innenministeriums „Öffentliche Sicherheit“ berichtet das Landesamt für Verfassungsschutz darüber, wie „gezielt Personen gesucht werden, die bereit sind zu kooperieren“. Wie viel uns diese Spitzel kosten, wird nicht verraten – was sie „leisten“ hat der NSU-Skandal in Deutschland gezeigt.

Die Wahlen sind geschlagen, die Politiker heucheln Zufriedenheit. Bis auf jene, die jetzt ihren Job los sind. Die müssen sich jetzt wie andere Arbeitslose am AMS anstellen, von "Beratern" anpflaumen und in "Englisch für Anfänger" stecken lassen (nicht dass ihnen das schaden würde).

Aber Moment. Müssen sie ja gar nicht, viele können einfach zurück in den alten Job. Oder haben Nebeneinkünfte. Teilweise über 10.000/Monat. Wenn doch nicht, gibt's noch 3 Monate lang das Abgeordnetengehalt.

Alle aber nutzen ihre Netzwerke. Wie z.B. Gusenbauer als Berater des kasachischen Diktators

Rote Seitenblicke

Nasarbajew. Oder bekommen (oft eigens geschaffene) bestbezahlte Jobs in parteinahen Unternehmen.

Und die 320.000 ohne eigenes Verschulden arbeitslos geworden? Die werden am Arbeitsamt tatsächlich bis aufs Blut sekkiert und in sinnlose "Maßnahmen" gesteckt. Vermittelt werden sie hauptsächlich an ausbeuterische Personalbereitsteller wie Trenkwalder, die sie für unterbezahlte Kurzeitjobs vermieten. Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit für ein Almosen. Nebeneffekt: das drückt auch die spätere Pension.

Und dann gibt es noch solche wie mich, die um eine Invalidenpension ansuchen. Bis darüber entschieden ist, vergehen Monate; wenn man den Bescheid bekämpft, evtl. Jahre. Das AMS aber meint, dass ich nach 62 Tagen per Dekret arbeitsfähig bin. Bin ich nicht, und aus ist's mit Geld und Krankenversicherung und ich darf unter der Brücke auf die Pension warten. Eines ist sicher: Ex-Abgeordnete werde ich dort nicht treffen. **Peter Gründler**



Sport: Nichts für „Warmduscher“!?

Wahrscheinlich duschen fast alle SportlerInnen gerne warm, doch geoutete Homosexuelle gibt es im Sport nur wenig, im Profi-Fußball gar niemanden. Sport

Strafrechtsparagraf abgeschafft, in vielen Ländern gibt es keine Homo-Ehe und konservative Rollenbilder werden im Zuge der Krise wieder stärker.

terhaltungsfaktor. Wenn das „Brot“ knapper wird, werden die „Spiele“ wieder wichtiger. Wie in Brasilien, wo 2014 die WM stattfinden soll. Doch jetzt gibt es eine

lichkeit“ gleichgestellt und das wiederum mit Schwäche. Das Zusammenspiel von Homophobie und Sexismus ist sehr stark.

Trotzdem ist der Kampf

„Hat sich nichts verändert?“ – „Es ändert sich die gespielte Toleranz.“ (Der Tagesspiegel, 19.07.2013)

ist ein gutes Beispiel dafür, wie irrational und abstrakt Homophobie auch ist, sie aber doch handfeste Ursachen hat. Viele Artikel über Homophobie im Sport beginnen mit den Worten: „bei der Toleranz gegenüber Homosexuellen hinkt der Sport der Gesellschaft noch hinterher“. Ist das so? Homophobie ist immer noch zentraler Bestandteil der Gesellschaft. In Österreich wurde 2002 der letzte

Es gibt keinen einzigen geouteten aktiven Profifußballer. Der erste (Fashanu) hat sich 1990 geoutet und acht Jahre später erhängt. Der zweite und letzte (Rogers) ist nach seinem Outing zurückgetreten. Im Sport ist Homosexualität schon ein besonderes Thema, vor allem im Fußball. Sport spielt eine besondere Rolle in der Gesellschaft hat. „Spiele“ sind ein wichtiger Massenun-

Massenbewegung gegen Teuerung, die sich auch gegen die Vorbereitungen zur WM und ihre Auswirkungen richtet. Da wirken die Spiele nicht. Massensportevents dienen auch der Vermittlung von Werten, die für die Herrschenden nützlich sind. So sind Nationalismus, Aggressivität/Stärke und eben auch Geschlechterrollen omnipräsent. Hier wird dann Homosexualität mit „Weib-

gegen Diskriminierung im Sport immer wieder Thema. Meistens machen Vereinsleitungen nur von oben herab abstrakte „Bekanntnisse“. Es gibt aber einige interessante Fan-Initiativen, die sollten gefördert werden anstatt sie unter den Motto „keine Politik im Stadion“ zu bekämpfen. Denn eine Gegenkultur muss von den Fans/Sport-Begeisterten geschaffen werden. **Jan Millonig**

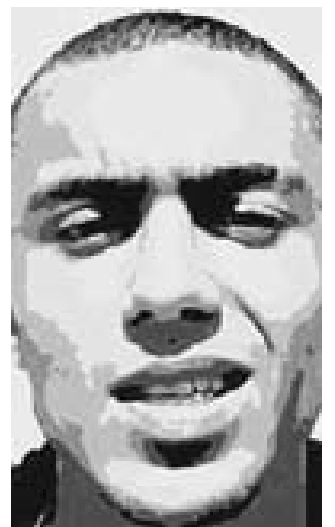
Zu politisch: Tunesische Rapper verhaftet

Zwei tunesische Rapper – Weld El 15 und Klay BBJ – wurden im August zu Gefängnisstrafen verurteilt. Ihr Verbrechen: In ihren Rap Songs kritisieren sie Polizei und Korruption in Tunesien. Die Situation ist zugespitzt – KünstlerInnen werden verhaftet, weil sie politische Kunst machen. Die Angriffe sind auch Symptom des Kampfes von Revolution und Konterrevolution. Weld El 15 wurde zuvor wegen des Songs „Boulcicia El Kleb“

(„Die Polizei sind Hunde“) zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, musste aber wegen Protesten freigelassen werden. Die ursprüngliche Revolution hat nicht die erhofften Verbesserungen gebracht. Gleichzeitig hat die Bewegung nach der Ermordung des Oppositionspolitikers Mohamed Brahmi einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Herrschenden sind nervös, stehen unter Druck der Bewegung und müssen Zugeständnisse ma-

chen. Sie versuchen aber auch, Proteste zu unterdrücken. Vor diesem Hintergrund fand der Generalstreik am 3. September statt. UnterstützerInnen aus dem CWI schlugen demokratisch gewählte Selbstverteidigungskomitees von ArbeiterInnen vor, um die Revolution zu vollenden, sowohl gegen Ennahda wie auch das Militär. KünstlerInnen können eine Rolle dabei spielen, diese Ideen zu verbreiten.

Laura Rafetseder





Soziale Arbeit – unsoziale Bedingungen

Jeder Mensch ist irgendwann im Leben auf den Gesundheits- und Sozialbereich angewiesen. Da könnte man meinen, dass die Arbeit der Menschen dort einen dementsprechenden Wert haben sollte. Falsch gedacht. Der Gesundheits- und Sozialbereich ist, sieht man von den wenigen Spitzenpositionen ab, durchwegs ein Niedriglohnsektor. Das Durchschnittseinkom-

ten Arbeitsbedingungen sind vor allem Frauen betroffen. Zwischen 2/3 und 3/4 der Beschäftigten sind weiblich.

Zu den schlechten Arbeitsbedingungen kommen laufend Kürzungen von Seiten der Öffentlichen Hand. Dies betrifft nicht nur die öffentlichen Einrichtungen (v.a. Krankenhäuser, SeniorInnenheime etc.), sondern auch private Träger, die

tend sei. Die Folgen davon sind, dass sich einerseits Menschen tatsächlich kaputt arbeiten müssen. Zudem hat dies negative Auswirkungen für die zu betreuenden/zu pflegenden Menschen. „Pfle-geökonomie“ nennt sich das: Zwischen fünf und 12 Minuten (stationär/mobil) darf eine Pflegekraft für die Versorgung eines Patienten brauchen. Für die Beschäftigten heißt das

tigten die Überarbeitung weniger als ein Jahr aus. Der verstärkte Arbeitsdruck führt dazu, dass für den/die Einzelne/n immer weniger Zeit bleibt. Auch wenn medienwirksame Skandale in immer kürzeren Abständen öffentliche Diskussionen zur Folge haben – zum Positiven geändert hat sich bisher nichts.

Gerade für Pflegebedürftige gilt: wer Geld hat,

2011 den Pflegeregress wieder eingeführt, was bedeutet, dass zur Finanzierung der Pflege auf das „Vermögen“ der zu Pflegenden bzw. der Angehörigen zurückgegriffen wird. Die Folge dieser sozial(?)demokratisch-schwarzen Budgetkonsolidierung ist eine weitere, schleichende Privatisierung von Pflege, deren Auslagerung an Angehörige. Was es braucht sind

Der Gesundheits- und Sozialbereich wird heute auf Kosten der Beschäftigten aufrecht erhalten.

men für Beschäftigte in diesem Bereich liegt bei ca. 1.564 Euro netto und damit ca. 17% unter dem österreichischen Durchschnitt. Dazu kommt, dass 70 % der Beschäftigten Teilzeit arbeiten. Dies erhöht den Druck nicht nur im Bereich des Gehalts, sondern erleichtert den Arbeitgebern auch die Einforderung (unbezahlter) Überstunden, was in der Branche alltäglich ist. Von den schlech-

oft zu großen Teilen von den Ländern und/oder Gemeinden finanziert werden (z.B. Lebenshilfe). Zu den niedrigen Gehältern kommt meist ein verstärkter Arbeitsdruck (v.a. durch schlechtere Personalschlüssel). Kein Wunder also, dass laut einer jüngsten Studie 28,7 % der Beschäftigten in diesem Bereich Burn-Out-gefährdet sind. Darüber hinaus gaben 72,9 % an, dass die Arbeit belas-

Arbeitshetze, die zu Pflegenden werden strukturell vernachlässigt.

Die allermeisten Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich arbeiten mit bemerkenswertem Engagement. Das ändert aber nichts an den strukturellen Problemen. Durch die schlechte Bezahlung und Arbeitsbedingungen ist die Fluktuation extrem hoch. In einzelnen Bereichen halten die Beschäf-

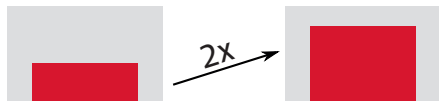
der/dem ist gute Pflege garantiert. Die 24h-Pflege zuhause ist nur für etwa 10 % der ca. 800.000 Pflegebedürftigen in Österreich leistbar. Die meisten anderen sind entweder in Heimen untergebracht, oder werden von (meist weiblichen) Angehörigen gepflegt, welche dafür oft auf den eigenen Job verzichten müssen. Und der Staat schröpft die Menschen weiter. Die steirische Landesregierung hat

umfangreiche Investitionen in den Gesundheits- und Sozialbereich. Pflegebedürftigkeit darf keine Armutsfalle sein, ebenso, wie das Engagement der Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, nicht weiter zynisch für Lohndumping missbraucht werden darf. Für eine solche Veränderung ist aber aktiver Widerstand notwendig.

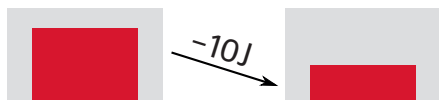
Jan Rybak

Gesundheitbei **Reich** und **Arm**

13% der Armen klagen über schlechten Gesundheitszustand, von den Reichen 2%



Arme sind doppelt so oft krank wie Reiche



Arme sterben 10 Jahre früher als Reiche

Quelle: "Armut, Reichtum und Gesundheit", Arbeit&Wirtschaft 01/2013

Zahlen und Fakten: Sozial- & Gesundheitswesen

- **Beschäftigte** im Gesundheits- und Sozialwesen: 200.000; ca. 2/3 Frauen
- **Gesundheitsausgaben** 2011: 10,8 % des BIP. Im OECD-Schnitt wachsen die Gesundheitsausgaben stärker als die Wirtschaftskraft – in Österreich sind sie in den letzten Jahren gesunken.
- **Einstiegsgehalt** der BAGS- 'Verwendungsgruppe 1' in NÖ und Burgenland: Vollzeit brutto 1.403,9 €. Bei 36(!) Dienstjahren sind es nur 1.816,7 €.
- **Aktuelles Sparpaket:** bis 2020 minus 11 Mrd. €. Allein 1.37 Mrd. € durch Schließung von Spitals-Abteilungen.
- **Vor Blau-Schwarz** haben schon SPÖVP begonnen: 1982 die ersten Privatisierungen im Gesundheitsbereich (Vamed), es folgen Ausgliederungen bei Reinigung, Küche etc. Seit 1996 verloren wir 10 % der Spitalsbetten.
- **1997 wurde** der Krankengeldbezug von 78 auf 26 Wochen gekürzt und die ersten Selbstbehalte für Spitalsaufenthalte, Heilbehelfe und Kuraufenthalte eingeführt.
- **Umfrage der Ärztekammer** unter 6.000 MedizinerInnen: 54 % befinden sich in einer Phase eines Burn-outs.
- **Der Verein** für Konsumenteninformation stellt schon 2009 fest, dass KassenpatientInnen mit Grauem Star ein halbes Jahr länger auf eine Operation warten als Zusatzversicherte.
- **Die durchschnittliche** Spitals-Aufenthaltsdauer sank seit Ende der 90er um mehr als 1.2 Tage – vom medizinischen Standpunkt aus oft gefährlich.
- **Kürzungswahn** von SP-Grün in Wien: Das „Spitalskonzept 2030“ bedroht mehrere Krankenhäuser und Abteilungen.
- **In der Steiermark** haben SPÖVP 2011 Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich von 25 % beschlossen.
- **Die oberösterreichische** Landesregierung (ÖVP & Grün) führte mit Unterstützung Kürzungen bei den Spitälern durch: Branko Novakovic, Betriebsratsvorsitzender AKH Linz GmbH (Zitate aus einem Interview der 'Solidar-Werkstatt'): „Mit der Spitalsreform 2 ist z.B. die Dermatologieabteilung im AKH um 50 % reduziert worden [...] Ein Arzt verbringt durchschnittlich 220, 240 Stunden monatlich im Krankenhaus. [...] Die Fehlerhäufigkeit steigt bei diesen langen Dienstzeiten unweigerlich.“

Quellen: Statistik Austria; BAGS-KV-Tabellen und Statistiken der 'Sozialwirtschaft Österreich'; Bundesministerium für Gesundheit (Broschüre 'Das österreichische Gesundheitssystem'); Solidar-Werkstatt; 'Der Standard'; VKI.

Die Profitlogik macht krank

„Ware Gesundheit“ und „Mehrklassen-Medizin“ sind leider allzu bekannte Schlagworte. Selbst in den reichen Staaten ist die soziale Spaltung in diesem zentralen Lebensbereich deutlich spürbar. Gewaltige Fortschritte in Forschung und Medizin-Technik ermöglichen heutzutage die Überwindung vieler Krankheiten und hohe Lebenserwartungen. Allerdings unter-

lehnt. So schrieb die Handelskammer Chemnitz 1906: „Es geht viel zu weit, einen Erholungsurlaub für Leute einzuführen, die nur körperlich tätig sind ...“ Es war die organisierte ArbeiterInnen-Bewegung, die diese und andere lebensverlängernde Maßnahmen erkämpfen musste. Die für uns heute selbstverständlichen Kranken- und Sozialversicherungen wurden unter dem Druck von

stehenden Verhandlungen 2014 ein Ausgangspunkt für koordinierte Kampagnen bis hin zum bundesweiten Streik sein. Allerdings treten bei Streiks im Gesundheitsbereich besonders heikle Fragen bezüglich der Betreuung von KlientInnen und PatientInnen auf. Hierzu gibt es mittlerweile international Erfahrungen: Streikmaßnahmen an der Berliner Großklinik Charité haben gezeigt, dass bei entsprechender Sensibilität Arbeitskämpfe sehr wohl möglich sind. Die betroffenen PatientInnen und Angehörigen können durch eine aktive Kampagne vorbereitet und für die Kämpfe gewonnen werden.

Der Umgang mit der Gesundheit offenbart die grundlegenden Unzulänglichkeiten des Kapitalismus.

gräbt der krisenhafte Kapitalismus dieses Potential. Es wird berichtet, dass in Griechenland Verletzte von der Rettung liegengelassen werden, wenn sie nicht versichert sind. Und selbst in Österreich schockieren Fälle von PatientInnen, deren Aufnahme im Spital abgelehnt wurde; mit teils furchtbaren Folgen.

Das Wachstum des profitgesteuerten Versicherungssektors ist Bestandteil der Strategie der bürgerlichen Politik, verbunden mit den neoliberalen Vorgaben wie EU-Stabilitäts- und Fiskal-Pakt: die Abschaffung der gesetzlichen Kassen und die komplette Privatisierung der Medizin, was einem Rückfall ins 19. Jahrhundert gleichkommt. Damals und bis hinein ins 20. Jahrhundert wurde z.B. von der Unternehmensseite der Erholungsurlaub für ArbeiterInnen mit absurden „Argumenten“ abge-

lehnt. So schrieb die Handelskammer Chemnitz 1906: „Es geht viel zu weit, einen Erholungsurlaub für Leute einzuführen, die nur körperlich tätig sind ...“ Es war die organisierte ArbeiterInnen-Bewegung, die diese und andere lebensverlängernde Maßnahmen erkämpfen musste. Die für uns heute selbstverständlichen Kranken- und Sozialversicherungen wurden unter dem Druck von

Überarbeitung und Unterbezahlung sind typische Merkmale bei Gesundheits-Berufen. Über die letzten Jahre gerechnet addieren sich die Reallohnverluste. Doch Geld ist nicht das einzige Thema. Der Personalmangel erzeugt Überstundenstress. Vor allem die psychische Belastung kann krank machen. Aufgrund der Burn-Out-Gefahr ist das Personal in Spitälern und Pflegeheimen massiv aufzustocken. Es muss ermöglicht werden, dass Urlaube und Kuren für die Beschäftigten regelmäßig in Anspruch genommen werden können. Die Planung von Dienst- und Arbeitseinteilungen ist nach den Bedürfnissen der Beschäftigten und PatientInnen durchzuführen. Zentral sind eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohn und ausreichend Neueinstellungen sowie bessere Bezahlung für alle.



Eine generelle Anhebung der unteren Gehaltsstufen auf mindestens 1.700 brutto wäre angemessen. Die Einstiegsgehälter und -gehälter im Zuständigen „BAGS“-Kollektivvertrag in den Verwendungsgruppen 1-4 liegen mit teilweise knapp über 1.400 € (brutto Vollzeit) deutlich darunter.

Generell leidet die Qualität der Dienste. Irgendwann führen Kürzungen zu Nachlässigkeiten, die vielleicht nicht sofort sichtbar sind – etwa bei Reinigung und Desinfektion. Wie man es dreht und wendet: Medizinische Notwendigkeiten darf man nicht einspa-

zent besitzt unvorstellbare 469 Milliarden Euro. Der öffentliche Anteil an der Finanzierung des Gesundheitsbereichs ist über das letzte Jahrzehnt im Wesentlichen gleich geblieben (1999 waren es 76,7 %; 2009 77,7 %). Doch der „öffentlichen Hand“ fehlt es an Geld, das zu den Unternehmen und Superreichen umverteilt wurde und wird. Der Mangel an Vermögensbesteuerung, die Schlupflöcher des Stiftungsrechts, in Summe eine Mrd. zurückgehaltene Kassenbeiträge der Unternehmen und über zehn Mrd. für die sog. Bankenrettung sind die Gründe. Deswegen ist das Gere-

Baustelle ist die Pflege: Gerade bei der Langzeitpflege wirken sich Änderungen in der Einstufung (bei gleichgebliebenem Bedarf) infolge des Pflegegeldreformgesetzes 2012 dramatisch aus. Wer einen Teil selbst finanzieren muss, kann schnell in Bedrängnis geraten. Das trifft auch jene, die in der Vergangenheit zur „stabilen Mittelschicht“ gezählt wurden. Die Unterfinanzierung drängt viele Betroffene in die „Schwarzarbeit“, wo es v.a. für die Beschäftigten besonders unsichere und ausbeuterische Verhältnisse gibt.

Alle etablierten Parteien haben ihre Finger im Spiel. Auf Bundesebene liegen bzw. lagen FPÖVP mit SPÖVP auf Linie. Und in den Ländern ist es letztlich egal, ob ÖVP oder SPÖ mit den Grünen, Stronach oder sonstwem koalieren oder nicht. Kürzungen der Bundesregierung führen zu entsprechenden Maßnahmen der Länder und letztlich Gemeinden. Alle Parlamentsparteien sind Teil dieser Politik und setzen in ihrem Verantwortungsbereich Kürzungen bei Sozialem und Gesundheit um. Mit den wachsenden Problemen in der medizinischen Versorgung wird es für viele Menschen leicht(er) nachvollziehbar, warum eine gesamtgesellschaftliche Organisation und Kontrolle nötig ist. Logisch folgen Forderungen nach Vergesellschaftung und demokratischer Kontrolle durch die Betroffenen! Hier steckt für die kommenden Jahre enorme soziale und politische Sprengkraft.

Franz Neuhold

Die Situation wird durch die Krise verschärft; doch zunehmende Proteste im Sozialbereich machen Mut.

ren! Je mehr Spitalsbetten gestrichen werden, desto stärker wird sodann die Belastung für Ambulanzen sowie die notwendige private Pflege. Alle Verschlechterungen der aktuellen und vergangenen „Gesundheitsreformen“ sind daher rückgängig zu machen. Die Frage der Finanzierung muss offensiv angegangen werden. Unter anderem mit Einnahmen aus einer echten Vermögenssteuer sowie einer Besteuerung von nicht investiertem Kapital. Die großen Unternehmen lassen gegenwärtig aufgrund schlechter Profitabilitätsaussichten über acht Milliarden auf der hohen Kante liegen. Das reichste Pro-

de vom „Sparzwang aufgrund leerer Kassen“ ein Betrug.

Das Leistungsangebot der Versicherungen schrumpft. Viele Untersuchungen sowie Therapien sind mitunter nur mehr jenen zugänglich, die es sich privat leisten können. Und das in einer Zeit, wo zunehmender Stress immer mehr Menschen körperlich und psychisch krank macht. Die Öffentliche Hand setzt gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich auch auf vermehrten Druck bei den Beschäftigten, lagert an private Firmen aus, die Hungerlöhne zahlen und Jobs nur mehr prekär besetzen wie beim Wiener AKH. Eine weitere



Marx aktuell

Der Bedarf an sozialer Arbeit wächst. Immer mehr Menschen verlieren ihre Jobs, leiden unter Stress und Zukunftsangst, rutschen in Armut und/oder sind zumindest vorübergehend Unterstützungsbedürftig. Die von SozialarbeiterInnen verrichtete Arbeit bekämpft nicht nur bloß Symptome des Übels Kapitalismus. Sie ist auch ein Fass ohne Boden. Kaum glaubt man eine Wunde geschlossen zu haben, brechen drei neue auf.

Doch damit nicht genug: Ein Großteil der Arbeit im Sozial- und Pflegebereich wird privat erledigt. Ob in Kindererziehung oder Pflege, ob in der Betreuung von Menschen mit Behinderung oder in der Pflege von chronisch kranken Angehörigen: Diese Arbeit wird privat und meist von Frauen zuhause geleistet! Die Wenigsten können diese Leistungen zukaufen. Und es herrscht ein enormer moralischer Druck. Betreuung

Gesellschaft, nicht Familie hat Verantwortung

von außen wird immer nur als zweitbeste Lösung präsentiert. Dieser Ansatz spart Regierungen Geld: „Warum für etwas zahlen, was man auch auf die Familie abwälzen kann“. Und er führt zum so genannten Verdeckungseffekt: „Soziale Arbeit arbeitet dann gut, wenn man die von ihr behandelten Problemfelder in unserer Gesellschaft nicht wahrnimmt“. Das bedeutet aber nicht nur einen enormen Druck für die Familienmitglieder, die diese Arbeit ohne Ausbildung, ohne Bezahlung, ohne Hilfe leisten. Das bedeutet auch, dass die zu Betreuenden nicht die optimale Unterstützung bekommen, die sie brauchen, da sie nicht von Profis gemacht wird.

Der ideologische Hintergrund ist, dass Menschen ihrer Familie gehören und sich Verantwortung aus biologischer Zugehörigkeit und nicht aus Sympathie oder Liebe ergibt. Doch die Familie ist für viele kein freiwilliger Zusammenschluss von Menschen. Oft ist sie ein gefährlicher Ort – 9 von 10 sexuellen Übergriffen finden in der Familie statt. Ob man sich um einen anderen Menschen kümmert, muss eine freie Entscheidung sein, nicht das Ergebnis von Abstammung. Und jeder Mensch hat das Recht auf die optimale Betreuung – und das ist nicht automatisch jene durch Angehörige.

Daher muss die Verantwortung für diese Arbeit die Gesellschaft übernehmen! Der technische Fortschritt ermöglicht eine starke Verkürzung der Arbeitszeit. In der Ausbildung können Menschen lernen, mit Pflegebedürftigen professionell umzugehen. V.a. aber muss diese Unterstützung von der Gesellschaft angeboten werden. Und zwar nicht in unpersönlichen Einrichtungen, in welchen Menschen aus Kostengründen mangelhaft betreut werden, sondern in optimal ausgestatteten, in die Gesellschaft integrierten Einrichtungen, wo alle Menschen, die Unterstützung brauchen, diese von Vollprofis mit ausreichend Zeit erhalten. Damit jeder Mensch das Optimum bekommt und nicht nur das, was der zufällige Stammbaum ihm/ihr zugestanden hat.

„Pflicht der Gesellschaft ist, die Mutter dem Kinde für die Zeit zu erhalten, wo sie tatsächlich die natürliche Erzieherin und Pflegerin derselben ist: für die Periode der Schwangerschaft und das Säuglingsalter. Für die folgende Entwicklungszeit hat sie dem Kinde alle Einrichtungen und Anstalten zu bieten, welche die Mutter – hier als Zusammenfassung aller erzieherischen Einflüsse gedacht – in der besten Weise ersetzt.“ (Clara Zetkin: Für die Befreiung der Frau! 1889)

Moritz C. Erkl



Der Gesundheits- und Sozialbereich kämpft

Arbeitsbedingungen und Einkommen im Gesundheits- und Sozialbereich sind durchwegs desaströs. Um diese aufrechterhalten zu können, setzen Regierung und Management der Einrichtungen auf die Moralkeule. Die PatientIn-

gezeigt. Vor allem gilt es die Kampfbereitschaft der KollegInnen zu betonen, welche sich oft gegen widrigste Umstände durchgesetzt haben. Auch die Solidarität aus der Bevölkerung war und ist groß. Trotz vieler (nachvollzieh-

schaft Öffentlicher Dienst (GÖD) hatte sich im Vorfeld mit der Regierung auf eine Nulllohnrunde geeinigt. Die Streiks (öffentliche Betriebsversammlungen) wurden von der Personalvertretung selbständig organisiert. Es hat sich

bürokratie dort, wo sich die KollegInnen selbst organisieren und die Kämpfe vorantreiben, entweder gezwungen ist auf den fahrenden Zug aufzuspringen („Kindergartenaufstand“, Steiermark 2011) oder ihre bremsende Rolle durch die Bewegung selbst marginalisiert werden kann. In Salzburg interessierte sich bald keineR mehr für die Stellungnahmen der Bürokratie. Trotz dieser Rolle der Gewerkschaftsbürokratie: Wir dürfen uns unsere Organisationen von denen nicht nehmen lassen, es ist notwendig, die Gewerkschaft wieder zurück zu erobern.

u.a. eine Gehaltserhöhung von mind. 7 %, das Organisieren von Warnstreiks und Demonstrationen, transparente Verhandlungen und Urabstimmung über deren Ergebnisse gefordert wird. Entscheidend ist, alle KollegInnen, ebenso wie KlientInnen/PatientInnen, Angehörige etc. einzubinden und jetzt Aktionen vorzubereiten. Nicht darauf zu warten, dass etwas geschieht, sondern selbst aktiv zu werden. Das kann im Kleinen sein, z.B. durch das Aufhängen von Transparenten an den Einrichtungen). Das ist auch für die gesamte Kampagne notwendig. Es braucht Selbstorganisation: demokratisch gewählte Aktionskomitees in den einzelnen Einrichtungen/Abteilungen, um Demonstrationen und Streiks zu planen, die Notversorgung sicher zu stellen und Solidarität zu organisieren. Eine aktive Kampagne mit wenn nötig auch aktiven Streiks wo die Proteste auf die Straße getragen werden. So kann breite Solidarität möglich und der Schulterschluss zu anderen Bereichen, in denen es Widerstand gibt, geschlossen werden.

Georg Maier

Kompliziert, doch Streiks im Sozial- und Gesundheitsbereich sind möglich und notwendig

nen/KlientInnen würden ja darunter leiden, wenn gestreikt würde. Das Engagement der Beschäftigten wird zynisch ausgenutzt um Verschlechterungen zu rechtfertigen. Vorweg: die Hauptverantwortung für die Misere liegt weder bei den Beschäftigten, noch bei den Unterstützungs-/Pflegebedürftigen, sondern bei den etablierten Parteien, die, ohne Ausnahme wo sie an der Regierung sind, den Rotstift ansetzen. Die Bewältigung der Probleme wird Beschäftigten, Betroffenen und Angehörigen zugeschoben. Dafür gibt es anerkennende Schulterklopfer.

Die Bewegungen der letzten Jahre haben eine Reihe gemeinsamer Erfahrungen und Probleme auf-

gezeigt, dass sich Kämpfen auszahlt: Salzburg war das erste Bundesland, in dem die Nulllohnrunde abgewendet wurde. Zweifelsohne: Streiks im Gesundheits- und Sozialbereich sind schwieriger zu organisieren als in anderen Bereichen, in denen keine Menschen mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben von der Arbeit der KollegInnen abhängig sind. Dies kann aber nicht das ewige Bremsen-Argument von Regierung, Einrichtungen und Gewerkschaftsbürokratie sein. Es hat sich gezeigt, dass durch das Organisieren von Notdiensten sowohl die Sicherheit der Menschen gewährleistet, als auch ein effektiver Streik möglich wird. Es zeigt sich auch, dass die Gewerkschafts-

barer) Befürchtungen, dass sich PatientInnen/KlientInnen und Angehörige über Streiks und Betriebsversammlungen beschweren würden, hat sich jedes Mal gezeigt, dass gerade diese die solidarischsten waren. Ihnen ist bewusst, dass es für gute Betreuung und Pflege anständig bezahlte Beschäftigte, gute Einrichtungen, besserer Personalschlüssel etc. braucht. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Gewerkschaftsführung meist entweder eine halbherzige, verspätete, bremsende, oder sogar eine den KollegInnen gegenüber feindliche Rolle gespielt hat.

Das krassste Beispiel ist der Streik der Salzburger Landesbeschäftigten. Die Führung der Gewerk-

gezeigt, dass sich Kämpfen auszahlt: Salzburg war das erste Bundesland, in dem die Nulllohnrunde abgewendet wurde.

Zweifelsohne: Streiks im Gesundheits- und Sozialbereich sind schwieriger zu organisieren als in anderen Bereichen, in denen keine Menschen mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben von der Arbeit der KollegInnen abhängig sind. Dies kann aber nicht das ewige Bremsen-Argument von Regierung, Einrichtungen und Gewerkschaftsbürokratie sein. Es hat sich gezeigt, dass durch das Organisieren von Notdiensten sowohl die Sicherheit der Menschen gewährleistet, als auch ein effektiver Streik möglich wird. Es zeigt sich auch, dass die Gewerkschafts-

Freiheit? Ausverkauft!

Keine technologische Er-rungenschaft hat das 21. Jahrhundert dermaßen geprägt wie das Internet. Aus einem Militärprojekt entstanden, wurde es entwickelt, um die weltweite Vernetzung der Forschung zu ermöglichen. Speziell der Einsatz von „Social Media“ in diversen Protestbewegungen schuf den Eindruck, das Internet würde vom Kapitalismus unabhängig agieren und nicht nach seinen Regeln spielen. Doch mit Beginn seines Aufstiegs war es immer eine Plattform, von welcher Konzerne wussten, sie profitabel für sich einzusetzen. Dies betrifft nicht nur Google, Facebook & Co, sondern auch scheinbar „spontane“ Internet-Hypes der letzten Jahre. Weder „Memes“, noch „Harlem Shake“ haben sich aufgrund der „grenzenlosen Freiheit“ des Internets global verbreitet. Besonders gut erkenntlich ist das bei fast allen Seiten, welche diese „Bild-Text“-Kombinationen anbieten. Meist lässt sich ein ähnlicher Ablauf erkennen: buzzfeed, 9gag und Co. waren ursprünglich Amateurprojekte, bei denen User beliebig Inhalte hochladen konnten. Wenn eine solche Seite das Interesse von InvestorInnen weckt, wird die Ausrich-

tung der Seite professionalisiert und kommerzialisiert: Erfahrene JournalistInnen werden eingestellt, welche einen Teil der Inhalte erstellen und verwalten. Der Rest wird – um Personalkosten niedrig zu halten – weiter von UserInnen bereitgestellt. Das Ziel: eine möglichst hohe Anzahl an Seitenbesuchen, die in Folge Werbeeinnahmen für die Betreiber bedeuten. Auch der „Harlem Shake“ ist kein Ausdruck der „freien Internet-Popkultur“, sondern Beispiel für ein gesteuertes Marketingprojekt. Das Video wurde nicht durch die Online-Community zu einem Phänomen. Zwar gab es auch hier ein von Amateuren produziertes Original, der richtige Durchbruch wurde allerdings von der Firma „Maker Studios“ ermöglicht, die das Potential des Originals erkannten und schlussendlich verwendeten, um Werbung in eigener Sache zu machen. Keine Frage: Das Internet ist ein Werkzeug, welches politischen Organisationen ermöglicht, sich weltweit zu vernetzen und eine breitere Masse anzusprechen. Es deswegen unhinterfragt als „systemkritisch“ zu erachten, wäre das, was man dort als „epic fail“ bezeichnet.

Gabriel Winkelmüller



Qualität statt Kürzungen

An meiner Schule in Salzburg fällt in letzter Zeit des Öfteren die Frage, was wir, die SchülerIn-

nun soll im Zuge des neuen LehrerInnendienstrechtes ihre Arbeitszeit auch noch erhöht wer-

gen würde. Schon vor einigen Jahren haben wir SchülerInnen gegen eine Verlängerung der Arbeitszeiten für LehrerInnen gekämpft. Der Großteil der SchülerInnen aus meiner Klasse ist hierzu wieder bereit. Was wir brauchen, sind keine noch gestressteren LehrerInnen, sondern gut ausgebildete und gut bezahlte Lehrkräfte, SchulpsychologInnen usw. Und um es den Damen und Herren in Presse und Regierung gleich vorneweg zu sagen: Wir sind keine manipulierbaren Marionetten, sondern bereit, gemeinsam mit unseren LehrerInnen für Verbesserungen zu kämpfen!

Stefan Reifberger

Für uns SchülerInnen stellt das neue LehrerInnendienstrecht eine massive Verschlechterung dar.

nen an unserer Schule, verändern würden. Aber das Problem ist nicht die einzelne Schule. Das ganze Schulsystem ist krank. Schon jetzt haben unsere LehrerInnen kaum noch Zeit ihren Unterricht vorzubereiten. Jeden Tag wieder wird mir vor Augen geführt, warum ihre Berufsgruppe die höchste Burn-Out-Rate hat. Und

den. Für jede Unterrichtsstunde ist Vorbereitungszeit notwendig, je weniger, umso schlechter. Das Bild von dem/r faulen LehrerIn ist – und das kann jeder SchülerIn an meiner Schule bestätigen – falsch. Dazu kommt noch den ganzen Tag eine Lärmbelastung, die per Gesetz eigentlich einen Gehörschutz verlan-



„Damit wir überhaupt eine Zukunft haben“

Wir Jugendlichen sind die nächste Generation und müssen uns für unsere Rechte einsetzen, auch damit wir sie später überhaupt noch haben! Seit September veranstaltet die SLP monatliche Jugendtreffs, damit junge Menschen auch ohne viel Vorwissen politische Themen diskutieren können. Beim ersten Treffen ging es um die Flüchtlingsbewegung. Mit kurzem Dokufilm, Referat und Diskussion gestalteten wir den inhaltlichen Teil

des Abends. Das gemütliche Beisammensein danach rundet diesen noch ab. Viele Jugendliche haben Angst, in Gegenwart Älterer „dumme“ Fragen zu stellen – doch dumme Fragen gibt es nicht! Wir wollen mit dem Jugendtreff den Einstieg in die politische Aktivität erleichtern.

Komm zum nächsten Jugend-Treffen!
(siehe Kasten rechts)

Marlene Mayer

Termin des Monats



Jung, links, LGBT

Das neue Jugendtreffen der SLP beschäftigt sich bei seinem zweiten Zusammenkommen mit LGBT-Themen. Warum Regenbogenparade & Co. nicht reichen. Wie der Kampf der russischen Schwesterorganisation der SLP für LGBT-Rechte aussieht. Und was das alles mit Marxismus, Gewerkschaften und der Kritik an der bürgerlichen Familie zu tun hat. Das und noch mehr... Komm und diskutier mit!

„LGBT-Rechte erkämpfen“ am Do. 17.10.2013 um 18:30 Uhr Jugendtreffen der SLP im Amerlinghaus – Wien 7, Stiftg. 8



Syrien: Sozialistischer Ausweg nötig

Angesichts der Flut an syrischen Flüchtlingen bat der libanesische Präsident Suleiman die Supermächte um Geld. Fast ein Viertel der Menschen im Libanon sind SyrerInnen. Bettelei und Kinderarbeit sind allgegenwärtig. Obama versprach 8,7 Millionen Dollar für die libanesische Armee. Gleichzeitig verurteilte er die Aktivitäten der Hisbollah in Syrien. Doch mehr Militärprä-

schutz von Minderheiten auf. Er traf sich mit dem saudischen Außenminister und dem iranischen Präsidenten Rouhani. Die Regime stehen hinter den verschiedenen Seiten des Konflikts im Libanon. Die Wahl von Rouhani hat bei der breiten Masse Hoffnungen auf eine Annäherung USA-Iran geweckt. Viele hoffen auf ein Ende der Sanktionen und ein Arrangement in Syrien,

nalen Mächten Kopfweh. Weder Rouhani noch Netanyahu wollen, dass die sunnitischen Oppositionsgruppen in Syrien an diese chemischen Waffen gelangen. Pro-Assad Hisbollah-Generalsekretär Nasrallah will die Opposition zu Assad diskreditieren und warnte vor der Gefahr, die durch die Bewaffnung dieser Gruppen für die gesamte Region besteht. Er forderte

Und Assads korruptes Regime hat ausgeschlossen, Macht an seine Opponenten abzugeben. Nach den Autobomben in Beirut und Tripolis herrscht Angst vor einer Bagdadisierung der Region.

Die herrschenden Klassen nutzen die Spaltung der Bevölkerung dafür, ihre Macht zu stärken. Es gibt einen alarmierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit,

zu organisieren. Aber diese Bewegung wird wieder aufflammen, sobald die sozialen und wirtschaftlichen Probleme wieder in den Vordergrund und die ArbeiterInnen in Aktion treten. Es gibt keinen Ersatz für den Aufbau einer geeinten ArbeiterInnenbewegung, die die herrschende Klasse herausfordern kann. ArbeiterInnen in der gesamten Region zahlen den Preis für das Versagen des Kapitalismus und die imperialistischen Einmischungsversuche. Es besteht das Potential, eine Massenbewegung von Jugendlichen und unabhängigen Gewerkschaften aufzubauen – die ArbeiterInnenklasse ist die stärkste Kraft in der Region. Der einzige Weg, dieses barbarische System zu beenden, ist eine sozialistische Transformation der Gesellschaft. Das könnte alle ArbeiterInnen in der Region unter dem Banner einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens als Teil einer globalen sozialistischen Föderation vereinen, um Armut, Besetzung und Krieg zu beenden.

Ganze Region durch Syrienkrise destabilisiert – sozialistische Alternative zu Krieg und Armut aufbauen!

senz schafft keine Sicherheit. Das Gesundheits- und Bildungssystem kann den Bedarf kaum decken. Die meisten Schulen und Spitäler sind privat organisiert. Und während der Libanon offiziell versucht, sich von der syrischen Krise abzukoppeln, sind viele Seiten, inklusive der Hisbollah, stark in den Konflikt involviert.

Suleiman hofft, dass der Deal über die Zerstörung der Chemiewaffen Syriens zu einer politischen Lösung führen könnte. Er ruft als Reaktion auf die Ängste seiner potentiellen Basis in den christlichen Gemeinden zum

das den Albtraum der Gewalt beendet. Aber bisher gab es nur höfliches Geplänkel zwischen Rouhani und Obama.

Selbst ein Vertrag wird kaum zu Frieden und Wohlstand für die Massen in der Region führen. Iran und Syrien haben sich zwar auf die Zerstörung der syrischen Chemiewaffen geeinigt, aber sie betonen beide, das nur wegen der Gefahr des Zugriffs durch extremistische sunnitische Gruppen zu tun. Denn die Gewalt in Syrien ist außer Kontrolle geraten und bereitet auch den internatio-

Saudi-Arabien, die Türkei und andere Verbündete der syrischen „Rebellen“ auf, sich um eine politische Lösung zu bemühen. Die Hisbollah selbst ist bei ihrer eigenen sozialen Basis zunehmend diskreditiert. Als Zugeständnis an die wachsende Unzufriedenheit bat sie die libanesische Armee sogar, ihre Stützpunkte zu ersetzen.

Aber islamistische Gruppen werden nicht durch eine politische „Lösung“ von oben verschwinden. Oppositionsgruppen haben klar gemacht, dass Assad keine Rolle in einer Übergangsregierung spielen kann.

v.a. unter Jugendlichen. Die libanesischen Parteien benutzen die syrischen Flüchtlinge als Sündenbock für das Fehlen von Jobs, Strom und Sozialleistungen. Kriminalität und sexuelle Belästigung nehmen wegen der sich verschlechternden sozialen Situation zu. Die Instabilität hat zu Jobverlusten im Tourismus und anderen Industrien mit prekären Jobs geführt.

Letzten Frühling haben die kleinen, aber potentiell starken, unabhängigen Gewerkschaften eine Gelegenheit verpasst, junge Leute in einer geeinten ArbeiterInnenbewegung

Aysha Zaki,
CWI Libanon

<http://lebanoncwi.blogspot.com>

Merkel: Der Kater nach dem Feiern

Über Merkels – vermeintlichen – Triumph wären an dieser Stelle ein ganzes Bündel an kritischen Bemerkungen fällig: Schwarz-Gelb klar abgewählt, Wahlbeteiligung weiter im Keller, fast 15 Prozent für Parteien, die nicht im Bundestag vertreten sind uvm. Aus europäischer Perspektive erscheinen demgegenüber v.a. zwei Aspekte wichtig. (1) Die künftige Stabilität der EU-Führungsmacht Deutschland und (2) die Perspektiven für die Linkspartei.

Das zentrale Thema Europas – die EURO-Krise – spielte nämlich in der Wahl-Kampagne der Union keine Rolle. Deutschland unter Merkel als Hort der Sicherheit in schwierigen Zeiten lautete die Parole. Sozialdemokratie und Grüne, die ähnlich wie in Österreich jede Bankenrettung und alle EU-Spardiktate brav mitgetragen hatten, wirkten demgegenüber aus begreiflichen Gründen als „Alternative“ profillos. Die kommende Periode wird allerdings die Auswirkungen der EURO-Krise schmerzhaft auch in die noch relativ stabilen EU-Staaten spülen. Demgegenüber steht künftig in Deutschland eine Koalition, die sich vor allem von ihrer inneren Chemie her von der langjährigen Liebesbeziehung aus Union und FDP

abheben wird. Lustige Intrigenspiele sind in jeder realistischen Farbkombination vorprogrammiert. Zudem ist das relativ gute Abschneiden der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland“ ein Hinweis darauf, dass die Skepsis gegenüber dem grundsätzlichen Kurs der EU gerade auch in Deutschland bereits enorm ist. Dies betrifft freilich nicht nur Teile der deutschen Bourgeoisie – welche zumindest mit den Inhalten der AFP sympathisieren – sondern in erster Linie ArbeitnehmerInnen und Jugendliche.

Die Linkspartei hat sich in diesem Wahlkampf hier mit einem etwas schärferen Profil als Anti-Bankenpartei profilieren können und verfügt – trotz Verlusten gerade auch an die AFP – als drittstärkste Kraft an sich über keine schlechte Ausgangsbasis. Die zentrale Frage lautet allerdings, ob sich die Linkspartei in den nächsten Jahren als Systemalternative verankern kann, also in den sozialen Auseinandersetzungen, welche aus der EURO-Krise folgen, eine tragende Rolle spielen wird. Oder ob sie mit Blick auf eine künftige Regierungsbeteiligung auch im Bund bereit ist, Sozialabbau mitzutragen oder z.B. Auslandseinsätze der Bundeswehr zu unterstützen. **je**



Was passiert mit Abgeschobenen?

Wie ist die Situation in Ungarn?

Ich war in einem „Detention-Center“; dort werden

wirken eher wie GefängniswärterInnen – und treten oft auch so auf. Es wurde auch schon öfter mit blanker, körperlicher Gewalt

konnten dort nicht hin, aber dort soll es noch viel schlimmer sein. Nach diesen insgesamt 18 Monaten werden sie dann ein-

SLP-Aktivistin Maria Hörtnner folgte den Spuren abgeschobener Flüchtlinge in Ungarn nach.

alle Flüchtlinge festgehalten, bei denen die Behörden meinen, dass der Asylbescheid negativ wird. Das betrifft vor allem Menschen aus Pakistan, Kosovo, Bangladesh und Nigeria.

Die „Detention-Centers“ gibt's seit 1. 7. – Wie geht's dort zu?

Die sind wie Gefängnisse. Die Leute dürfen nicht raus und es gibt nichts zu tun. Die „SozialarbeiterInnen“

gegen die Flüchtlinge vorgegangen. Das führt dann auch dazu, dass es auch unter den Flüchtlingen selbst zu Aggressionen kommt.

Bis zu sechs Monate können die Leute so festgehalten werden. Und wenn das Asylverfahren dann noch nicht abgeschlossen ist?

Dann werden sie in einem „Nebengebäude“ bis zu weiteren zwölf Monaten festgehalten. Wir selbst

fach auf die Straße gesetzt. Ohne Job, ohne Wohnung, ohne Unterstützung. Und dann machen sich sie sich laut Gesetz wegen Landstreicherei strafrechtlich schuldig. Es gibt zwar eine EU-Empfehlung, dass im Zuge von Dublin II-Verfahren wegen der dort herrschenden Zustände nicht nach Ungarn abgeschoben werden soll. Aber Österreich richtet sich halt nicht danach.

Interview: Alex Svojtka

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Schweden: Soziale Kämpfe

In 12 schwedischen Städten demonstrierten am 21.9. Tausende gegen die Privatisierungswelle im Sozialbereich. Das Netzwerk „Profite raus aus dem Sozialsystem“ involviert Initiativen aus dem ganzen Land. Viele GewerkschafterInnen und lokale Abgeordnete der „Sozialistischen Gerechtigkeitspartei“ (RS, CWI in Schweden) spielen im Kampf gegen die Privatisierungen eine zentrale Rolle. RS hatte das Netzwerk

vor über einem Jahr initiiert und auch die Initiative für den Aktionstag gesetzt. Aktuell führt RS auch eine Kampagne anlässlich steigender Gewalt und Jugendkriminalität in Göteborg. Sie fordert mehr Geld für die benachteiligten Stadtteile und kämpft gegen die Kürzungen. Mehr Wohnraum, Jobs und Jugendzentren verhindern Gewalt und Kriminalität, nicht Rassismus und Polizeirepression. www.socialisterna.org

Schottland: Sozialbereich streikt Repression

In Glasgow wurde eine Sozialarbeiterin im Obdachlosenbereich gekündigt, weil sie sich gegen noch mehr Arbeitsbelastung wehrte. Trotz Einschüchterungsversuchen durch die Labour-Regierung folgten Aktionen und drei Tage Streik. Die Gewerkschaft unterstützte die Forderungen der KollegInnen, obwohl es inoffizielle Aktionen waren. So konnte die Kündigung bekämpft werden und auch bei Arbeitsüberlas-

tung und Personalmangel wurden Verbesserungen erreicht. Die Mitglieder der Socialist Party (CWI in Schottland) in der Gewerkschaft Unison spielten eine wichtige Rolle dabei, dass die Beschäftigten in täglichen Treffen ihre Forderungen diskutierten. Die SP fordert auch einen 24-stündigen Generalstreik gegen die Kürzungen, die den öffentlichen Dienst zerstören. www.socialistpartyscotland.org.uk

Pakistan: Hameed Channa, Sekretär des „Socialist Movement“ (CWI in Pakistan) und der Gewerkschaft „Progressive Workers Federation“ in der Provinz Sindh ist zentraler Teil des Widerstands gegen lokale Feudalherren und korrupte Beamte. Nach einem Einbruch in sein Haus wurde seine Anzeige „umgedreht“, jetzt droht ihm Haft. Der Einschüchterungsversuch wird mit starken Protesten beantwortet. www.socialistpakistan.org



Superhelden & Hollywood

Batman, Superman und Co. als Retter des Kapitalismus!

In den letzten 13 Jahren haben wir eine Explosion an Superheldenfilmen gesehen. Viele waren an der Kasse wie auch bei der Kritik erfolgreich. Das spiegelt eine Unzufriedenheit in der Gesellschaft wider, besonders jetzt, wo die Weltwirtschaft weiter in die soziale Katastrophe holpert. Seit dem Jahr 2000 – beginnend mit den X-Men Filmen – hat es 17 verschiedene Superhelden-Filme unter den jeweiligen Top Ten bei den Einspielergebnissen gegeben. Je nachdem, wie eng man “Superheldenfilm” definiert, haben diese Filme zusammen 13-15 Milliarden Euro eingespielt. Das steht in scharfem Gegensatz zu den 1990ern. In der gesamten Dekade haben Superheldenfilme nur 1,5 Milliarden Euro eingespielt.

Was hat sich also verändert? Im Unterschied zu den 1990er Jahren, als die KapitalistInnen international den Sieg über den Sozialismus erklärt hatten, leben wir nun in einer Periode wirtschaftlicher Krise und Instabilität. Die Euphorie und das Selbstbewusstsein der KapitalistInnen ist Vergangenheit, nicht zuletzt

aufgrund der zahlreichen Bewegungen in den 2000er Jahren. Der Einsatz der Krise 2008 hat diese Entwicklung zusätzlich verschärft. Diese Krise hat weltweit Millionen von Menschen den Job gekostet. Wir erleben gleichzeitig eine komplette Diskreditierung der Institutionen der bürgerlichen Demokratie. Von Wikileaks bis zum jüngsten NSA Skandal: Die Idee, dass die etablierten Parteien, die Medien oder das Gerichtssystem oder jeder andere Teil des kapitalistischen Establishment etwas anderes tun würden, als die Reichen und Mächtigen zu beschützen, ist offensichtlich falsch. Der Kapitalismus steckt in einer Sackgasse und die herrschende Klasse hat keinen Ausweg. ArbeitnehmerInnen stehen vor einer Zukunft, in der die (scheinbare) Sicherheit der Vergangenheit verschwunden ist. All das erzeugt ein massives Gefühl von Machtlosigkeit und Entfremdung. Manchmal scheint die einzige Lösung ein Superheld von oben zu sein, der uns rettet. Und genau darum geht es in Superheldenfilmen.

In den erfolgreichsten aller Superhelden-Trilogien, „Iron Man“ und die „Dark Knight-Trilogie“, ist die Lösung ein Multimilliardär, der seinen Reichtum einsetzt, um gegen Ungerechtigkeit zu kämpfen. Beide Filme spielen in recht realistischen Visionen der modernen Gesellschaft. Iron Man gewinnt de facto den Krieg in Afghanistan und gegen den Terrorismus, während Batman gegen Kriminalität in einer korrupten Stadt kämpft. Die Dark-Knight-Trilogie wurde in Chicago gefilmt, einer Stadt, die im Jahr auf 450 Mordfälle kommt – es braucht wenig Fantasie, um die Parallelen zu sehen. Diese Idee, die Hoffnung auf den Superhelden, hat eine reale Basis in der heutigen Gesellschaft – auch wenn sie keine Lösung ist. Ralph Nader, Aktivist und ehemaliger Präsidentschaftskandidat hat 2009 ein Buch namens “Nur die Superreichen können uns retten!” geschrieben. Die Idee hinter seinem Buch ist, dass Korruption nur mit genug Geld überwunden werden kann. Figuren wie Frank Stronach versuchen sich ähnlich zu inszenieren –

als Big Spender, die sich nicht kaufen lassen. Dass sie freilich selbst “kaufen”, ist eine andere Sache. Der Superheld muss aber nicht immer reich sein – Peter Parker/Spiderman kommt aus der ArbeiterInnenklasse. Aber auch er erfüllt eine Hauptfunktion der Superhelden für den Kapitalismus: Er rettet letztlich das System, indem er die Gesellschaft von Problemen wie z.B. Kriminalität säubert – ohne jedoch die politischen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen herauszufordern. Und er ist üblicherweise weiß, männlich und heterosexuell.

Nicht alle Superhelden-Filme fallen jedoch in dieses Erzählschema. Die X-Men Serie erzählt die Geschichte von genetisch mutierten Superhelden, die gehasst und gefürchtet werden und sich organisieren, um für gleiche Rechte zu kämpfen. Sie zieht Parallelen mit dem Kampf für LGBT-Rechte, als diese in den USA unter Beschuss waren. Aber das ist eher die Ausnahme – der dominante Trend sind die Bat- und Iron-Männer. Allen gemeinsam ist, dass sie stellvertretend für ei-

ne leidende, passive Masse die Verbesserungen erreichen.

Doch Probleme wie Kriminalität, Krieg, Armut und Korruption haben allesamt ihre Wurzeln in einem wirtschaftlichen und politischen System, das auf Profitmaximierung ausgerichtet ist anstatt auf die Bedürfnisse der Menschen. Es ist unrealistisch, dass uns ein paar reiche und/oder mit Superkräften ausgestattete Figuren vor den Auswüchsen des Kapitalismus retten, weil es genau dieses System ist, das sie reich macht und die Ungleichheit hervorbringt. Die Vision, die nicht in diesen Filmen gezeigt wird, ist jene des US-Rappers Guante in seinem Song “No Capes”: Seine Superhelden sind einfache Menschen, HausbesorgerInnen, JournalistInnen, AlleinerzieherInnen, GewerkschafterInnen und Flüchtlinge. Er schließt mit folgender Zeile: “Am Tag, nachdem Superman starb,/ hörten alle auf, in den Himmel zu starren / und sahen auf die Straße / und erkannten, dass wir alle bereits hier und jetzt Helden waren.”

Brettros

SLP-Programm genau erklärt:

Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.

sigkeit. Es ist aber kein Naturgesetz, dass Betriebe einfach geschlossen werden müssen. Die öffentliche Hand kann diese Betriebe übernehmen – auch solche, die abwandern wollen und somit Arbeitsplät-

werden – die Produktion könnte von den Beschäftigten selbst weitergeführt werden, unter ihrer Kontrolle und Verwaltung. Gegebenenfalls könnte ein alternativer Produktionsplan erstellt werden und die Produktion umgestellt werden. ArbeiterInnen könnten gewählte Komitees bilden, mit jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit, Rechenschaftspflicht und FacharbeiterInnenlohn für FunktionärInnen. Das ist eine völlig andere Art von ArbeiterInnenkontrolle als sie die KPÖ fordert – denn die schlägt lediglich vor, die Aufsichtsräte mit BelegschaftsvertreterInnen zu besetzen. Damit tasten sie aber die Eigentumsverhältnisse nicht an. Aber genau das ist das entscheidende: Denn kontrollieren kann man nur, was einem auch gehört.

Superreiche enteignen statt Massenentlassungen!

Schlecker, Niedermayr, Alpine – eine Pleite reiht sich an die nächste. Die Krise hat auch Österreich erfasst. Verantwortlich ist der Kapitalismus, der immer wieder Krisen produziert. In der kapitalistischen Logik müssen in Krisen Betriebe geschlossen und Überkapazitäten stillgelegt werden, um weiter profitabel zu sein. Das bedeutet Massenentlassungen und Massenarbeitslo-

ze verloren gehen würden! Die Banken wurden ja auch „gerettet“. Im Kapitalismus aber entscheiden die Profite, nicht die Bedürfnisse der Menschen.

Auch Betriebsbesetzungen haben in Österreich wenig Tradition – das heißt aber nicht, dass sie nicht möglich sind. Die ArbeiterInnen kennen ihre Betriebe am besten. Sie können verhindern, dass Maschinen abtransportiert

Im Westen viel Neues!

Die SLP gibt es nun auch in Tirol. Wir beginnen mit Aktivitäten in Innsbruck und Umgebung, denn auch in Westösterreich braucht es eine aktive Alternative zu Sozialabbau und Rassismus. Andreas Sauter (17), Schüler und neuestes Mitglied der SLP Innsbruck sagt:

„Die SLP ist die einzige österreichische Partei, die sich aktiv und kämpferisch gegen Kapitalismus,

Rassismus und Sexismus einsetzt. Sie bildet damit einen starken Kontrast zu allen Parteien Österreichs, die sich großteils durch das gegenteilige auszeichnen. Im 'heiligen Land Tirol' hat es so eine Alternative bis jetzt nicht gegeben. Das macht die Notwendigkeit klar, auch hier den Widerstand zu organisieren und weiter auszubauen. Die SLP ist Teil des CWI. Das bedeutet,

dass der Großteil ihrer Arbeit auf ein internationales Zusammenleben der Welt zielt und sich nicht auf das veraltete System eines Nationalstaates beschränkt. Auch ich will – aus und in Innsbruck – helfen, diese sozialistische Welt aufzubauen.“

Wenn auch du Mitglied der SLP werden willst, melde dich bei uns und bau mit uns die SLP in Tirol und anderswo auf!

Nach Mord an Antifaschisten: Spendet für antifaschistische Arbeit in Griechenland!

Am 18.9. wurde der Antifaschist, Gewerkschafter und Rapper Pavlos Fissas in Griechenland ermordet. Die Täter waren Neonazis der faschistischen Partei „Goldene Morgenröte“. Damit forderte der faschistische Terror in Griechenland sein erstes Todesopfer aus den Reihen des organisierten Antifaschismus. Die griechische Schwesterorganisation der SLP, Xekinima, und Jugend gegen Rassismus in Europa/YRE

sind aktiv am Aufbau antifaschistischer Komitees im ganzen Land beteiligt. Die SLP sammelt Spenden, um die antifaschistische Arbeit in Griechenland zu unterstützen. Jede Spende hilft, die Nazis zurückzudrängen – wir leiten jeden Cent weiter!

IBAN:
AT25600000008812733
BIC: OPSKATWW
Verwendungszweck:
Antifa-Griechenland



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Stockwerk'
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

Ab Oktober finden in Wien jede Woche drei Ortsgruppentreffen der SLP statt. Zu Redaktionsschluss waren allerdings die Termine und Orte noch nicht fixiert.

Daher bitte auf www.slp.at/kalender schauen – dort finden sich alle Veranstaltungen der SLP sowie auch Demonstrationen und andere Aktionen.

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at



Andere über uns

Für sie hat uns Sebastian Kugler zwei Mal besucht, weil es so nett war (und weil die Aufnahmen beim ersten Mal nicht funktioniert hat) und erzählt, weshalb die etablierten Parteien scheitern sind und wann es in Österreich zu einer Revolution kommen wird.



Normalerweise ist das VICE-Magazine ja dafür bekannt, Tabus zu brechen – doch staunten sie nicht schlecht, als SLP-Kandidat Sebastian Kugler die Enteignung der Superreichen forderte und für revolutionäre Entwicklungen in ganz Europa eintrat. Das war wohl zu viel für das Pseudo-Rebellen-Image von VICE und brachte uns eine zynische Einleitung ein – das Interview selbst ist allerdings lesenswert!

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: Alles inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Aktiv gegen das neue LehrerInnendienstrecht

Mehr auf Seite 5

FPÖ gestärkt?! Werde aktiv!

Bist du sauer über den Wahlerfolg für die Rechten? Nicht ärgern, sondern aktiv werden. Und zwar jetzt!

Die Nationalratswahlen gehen, die FPÖ ist gestärkt. Zwar haben insgesamt weniger als 15 % der Wahlberechtigten der FPÖ die Stimme gegeben – aber jede ist eine zu viel! Auch wenn SPÖ & ÖVP immer noch die stärksten Parteien sind, haben sie verloren. An die offen rech-

te FPÖ sowie an das Team Stronach und die NEOS, die beide nicht als rechts gelten, es aber programmatisch sind. Das „blaue Wunder“ ist wieder auf Augenhöhe mit der Volkspartei. Der weitere Stimmenzuwachs liegt freilich nicht daran, dass die FPÖ sich in irgend einer

Form gemäßig hätte. Angesichts ihrer Hetze gegen die Aktivisten der Flüchtlingsbewegung, den Verbindungen zu rechtsextremen Burschenschaften, sowie ihrem nur scheinbar sozialem Programm ist sie immer noch dieselbe.

Das Ergebnis war durchaus vorhersehbar,

da sich bei Vielen zu recht Frustration über die Sparlogik der Regierungsparteien SPÖ-VP breit machte. Daher ist es wenig verwunderlich, dass eine FPÖ, die als einzige Partei soziale Themen offensiv aufgreift, Zulauf erhält. Es braucht eine star-

ke, kämpferische Linke mit sozialen Forderungen und gewerkschaftlicher Verankerung. Linke Menschen sollten jetzt nicht frustriert den Kopf schütteln, sondern das zum Anlass nehmen, mit Anderen aktiv zu werden. Die SLP hilft gerne dabei.

Simon Stockhamer



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.